

Arbeitsgruppe Finanzbeziehungen : mehr politisches Gewicht

Autor(en): **Bauer, Tobias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340759>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

menarbeit auch besser verkauft wird, dass man besser erklärt, was sie tut. Auf symbolische Aktionen kann man nicht verzichten. Wir dürfen die Entwick-

lungsfrage nicht den fundamentalistischen amerikanischen Sammelagenturen und den multilateralen Konzernen überlassen.

SPS-Studentagung: Arbeitsgruppe Finanzbeziehungen

Mehr politisches Gewicht

Folgende Feststellungen bildeten den Ausgangspunkt für die Diskussion, ob es im Bereich der Finanzbeziehungen neue Schwerpunkte entwicklungspolitischen Handelns gebe.

● Altbekannt ist, dass die wirtschaftlichen Beziehungen und im besonderen die Finanzbeziehungen der Schweiz mit der Dritten Welt einer solidarischen Entwicklungspolitik grösstenteils krass zuwiderlaufen. Unbestritten ist in diesem Zusammenhang die entwicklungspolitische Maxime, wonach es wichtiger ist, *weniger zu nehmen als mehr zu geben*.

● Neu ist die Ausprägung der Finanzbeziehungen. Im Gefolge der Schuldenkrise sind weite Teile der Dritten Welt wirtschaftlich schlicht und einfach uninteressant geworden. Die Zeichen stehen auf Rückzug; neue Gelder fliessen keine mehr, und es findet eine Art *Abkoppelung von oben* statt. Gleichzeitig sichern sich die Gläubiger ihre alten Forderungen mit Erfolg. Als Ausdruck davon hat sich beispielsweise das Total der statistisch ausgewiesenen schweizerischen Finanzflüsse in die Dritte Welt umgedreht; offiziell-statistisch *finanziert die Dritte Welt heute die Schweiz*.

● In diesem Zusammenhang denaturiert die Entwicklungshilfe mehr und mehr zu einer direkten oder indirekten *Beihilfe zur Schuldenerleichterung* (indirekt vor allem, indem die sozialen «Flurschäden» der Schuldenpolitik gemildert werden). Gleichzei-

tig dient die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz auch als wichtiges Instrument der Annäherung an die Institutionen von *Bretton Woods*.

● Auf diversen Ebenen findet heute eine Sozialisierung privater Risiken statt: durch Entwicklungshilfe, Steuerverluste bei Rückstellungen der Banken und vor allem auch durch die geplante Umwandlung von Bundesvorschüssen an die Exportrisikogarantie (ERG) in Zuschüsse.

● Für einige besonders *menschenrechtsverachtende Regimes* (Südafrika, Türkei) bilden die Schweizer Banken nach wie vor eine entscheidende Finanzstütze. Vor diesem Hintergrund ergab sich in wesentlichen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung:

● *Entschuldungsmassnahmen* sind vordringlich. Nur mit umfassender Schuldenerleichterung, welche die Schuldenabhängigkeit und die damit zusammenhängende Exportforcierung aufbricht, ist eigenbestimmte Entwicklung der Schuldnerländer möglich. In diesem Zusammenhang ist bei den geplanten Abschreibungen der ERG zulasten des Bundes zu fordern, dass solche Abschreibungen auf alle Fälle mit Streichungen von ERG-Forderungen gegenüber Entwicklungsländern zu verbinden sind.

● Nach wie vor liegt das entscheidende Gewicht der Schweiz bei der *Fluchtgeldfrage*. In der gegenwärtigen Diskussion um Schmutzgeld muss auch die Ka-

pitalflucht wieder stärker thematisiert werden. Als Mittel zur Bekämpfung des Fluchtgeldzuflusses sollten vor allem Besteuerungsmassnahmen (Verrechnungssteuer) in den Vordergrund gestellt werden.

● Die Sozialisierung des privaten Gläubigerisikos ist bei der anstehenden ERG-Debatte zu thematisieren. Dabei sind auch die Forderungen bezüglich entwicklungspolitischer *Kontrolle der ERG* (Besetzung der ERG-Kommission) einzubringen.

● Generell müssen die wirtschaftspolitischen Entscheide aus der Dunkelkammer heraus; es braucht eine Demokratisierung und Politisierung dieser Entscheide (z. B. ERG, Mischkredite, Umschuldungen).

In vielen Fragen wurde in der Arbeitsgruppe keine Einigkeit erzielt, zum Teil konnten sie mangels Zeit nicht diskutiert werden: Konditionalität bei Umschuldungen und Entschuldung, Verhältnis der Schweiz zu IWF/Weltbank, Funktion der Entwicklungshilfe.

In der Diskussion traten sehr unterschiedliche Betrachtungsweisen und auch Unverständnis zutage, vor allem zwischen Genossinnen und Genossen aus der Verwaltung einerseits und entwicklungspolitischen Aktivistinnen und Aktivisten andererseits. Dem Vorwurf der Systemimmanenz stand der Vorwurf des Abgehobenseins von der politischen Realität gegenüber. Einig war man/frau sich aber, dass es unabdingbar ist, die verschiedenen Seiten miteinander zu vernetzen, wenn entwicklungspolitische Forderungen der SPS grösseres politisches Gewicht erhalten sollen. Einstimmig wurde der Wunsch an die entwicklungspolitische Kommission formuliert, die an der Tagung aufgenommene Diskussion zwischen den verschiedenen Seiten weiterzuführen.

(Berichterstatter: Tobias Bauer)